

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Stottbuserdamm 23 I.

Inserate  
pro vierbaltige Beilage 30 Pf. Stellenangebote 20 Pf. für Bandsmitglieder 20 Pf. Versammlungsanzeigen ic. 10 Pf. Privatangelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 15.

Berlin, den 10. April 1909.

25. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Alle diejenigen Mitglieder, welche in den Besitz unseres Jahresberichts 1908 zu kommen wünschen, wollen dies den für sie jeweilig in Betracht kommenden Bevollmächtigten mitteilen, damit letztere ihrerseits in der Lage sind, uns rechtzeitig ihren Bedarf angeben zu können. Die Bevollmächtigten wollen ihre Bestellungen bis spätestens zum 20. April an uns aufgeben.

2. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Statistische Amt müssen, sofern solches noch nicht geschehen, so gleich an uns abgehandelt werden. Die Karten können für die diesmalige Zusammenstellung nur dann noch Verwendung finden, wenn sie spätestens am Dienstag, den 13. d. M., früh morgens, bei uns eingehen.

Der Verbandsvorstand.

## Osterbetrachtung!

„Blas! nur, ihr Stürme, blas! mit Macht!  
Mir soll darob nicht bangen.  
Auf leisen Sohlen über Nacht  
Kommt doch der Lenz gegangen!“

Ja, der jugendfrische Lenzbote schreitet flinken, elastischen Schrittes wieder durch Wald und Flur. Seine starken Zauberhände zerbrechen die starren, kalten Fesseln, die der grausame Winterriebe über die Natur gebreitet. Von den Bergen rieselt der Schnee. Neugierig lugen weiße Glöcklein aus dem gelockerten Erdboden. Ein feuchter, kräftiger Brodem steigt auf. Schwellende Knospen an Bäumen und Sträuchern. Die Vögelin suchen Moos und trodene Grashalme zum Nesterbau. Alles rüstet zu neuem Leben. Und die Natur erwacht aus langem Winterschlaf.

Die Sage erzählt, daß in altersgrauen Zeiten, damals, als noch ein starkes, blondlockiges Hünenvolk Germaniens Gauz bevölkerte, durch Lenzesbrauten Ostara, die lachende Bergfrau, schritt. Feuer loderten empor ihr zu Ehren. Und Häslein legten ins Gras bunte Eier.

Und die Völker erkeuerten sich der zu neuem und frischem Leben erwachten Natur. Und sie feierten das Fest ihrer Auferstehung. Nicht zwischen hohen Kirchenmauern bei Orgelton und dem dröhnenden Klange eherner Glocken, nicht mit Beien und dem monotonen Gesang trister Pieder. Nein, im Kreise froher lebendiger Götter: In Flur und Gaiu, in Fröhlichkeit und Lebensfreude. Und freundschaftliche Gelübde wurden erneuert.

Das mächtige Holzkreuz auf Golgatha aber warf seine Schatten bald über ganz Europa. In diesem riesigen Schatten sollte nicht mehr Raum sein für Natur- und Lebensfreude. Es begann eine Aera der Entfugung von fleischlicher Lust und Lebensfreudigkeit. Und die Priester wandelten das Fest der frohen Göttin Ostara in das Fest der Auferstehung des Gekreuzigten.

Aber neunzehn Jahrhunderte haben nicht vermocht, die alte Lebens- und Lenzesliebe der Menschheit auszulöschen. Ostern blieb Ostaras Frühlingsfest trotz der Macht der Kirche, die es zum Fest der Auferstehung des martervoll Gekreuzigten machen wollte. Mit hellem Lachen spottet Ostara der Anstrengungen der Finsterlinge und Asketen. So wird Ostern auch das Fest des auferstehenden Lebens bleiben. ....

Die Freude an der schönen Natur ist auch heute noch bei den Menschen so ausgeprägt wie vor Jahrtausenden. Und nicht zuletzt beim Volke der Besitzlosen. Man muß sie sehen, die Proletarier der Fabriken, der sauerstoffarmen Großstädte, wie sie in hellen Scharen hinausjagern ins Freie, um sich doch wenigstens Sonntags am Anblick blühender Obstbäume, schwellender Roggenfelder, blühender Wälder und sonnendurchfluteter Baumgruppen zu laben. Und einzuatmen in vollen Zügen die reine, ozonreiche Luft, um das Lungengebläse möglichst zu reinigen von den schmutzigen Schladen des Alltags.

Auch an den Ostertagen wallfahrtet das Volk der Besitzlosen hinaus ins Freie und schlürft die ersten Schauer des wiedererwachenden Frühlings. Die Freude an der schönen Natur wirkt heute noch genau so mächtig wie in alten Zeiten. Und mit offenem, schönheitsfreudigem Blick genießt auch heute der Proletar das Tiefblau des Himmels und das helle Grün der Fluren. Ist es doch das Erbe, das er mit freudigem Blick betrachtet, das ihm einst zufallen muß, das dem Volke gehört und nicht nur den bevorzugten Nutznießern des heutigen Wirtschaftssystems.

Auch Gelübde werden am Feste Ostaras wieder erneuert. Das angesichts der erwachenden Natur besonders aus liefter Brust hervorströmende Gelübde des Proletars, auszuharren im heiligen Emanzipationskampfe der Menschheit und immer wieder einzutreten für die hohen Ziele, die die neue Lehre Sozialismus uns gesteckt. Daß diese schöne Erde bald allen gehöre und ein frohes, freies und gesundes Geschlecht atme in frischer Natur.

Dieses Ziel zu erreichen, ist schwer. Doch es wird erreicht werden. Es wird kommen mit eiserner Naturnotwendigkeit. Und an uns liegt es, dieses Werden einer besseren Zeit zu beschleunigen. Das können wir, indem wir immer und überall die Schäden der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform schonungslos bloßlegen. Und da fällt uns wieder auch in Festtagsstimmung die heutige internationale wirtschaftliche Krisis ein, die schwer auf dem Volke der Arbeit lastet.

Tausende Arbeiterhände sind heute zur Müdigkeit beurteilt. Gern möchten sie arbeiten. Und mit welcher spielender Leichtigkeit könnten sie dann ein groß' Keil vom Jammer und Elend der Menschheit bannen. Doch sie haben ja kein „Arrecht“ auf die Betriebswerkzeuge, die Maschinen. Die gehören ja dem rechtmäßigen „Besitzer“. Der aber läßt sie nicht in Gang setzen. Das läßt die „schlechte Konjunktur“ nicht zu. Und so darbt dann der Arbeiter mit Weib und Kind, während die ungeheuren Schätze, die die allgütige Mutter Erde darbietet, ungenutzt daliegen. Dort der Besitzer der Produktionsmittel, hier die fleißigen Arbeiterhände, die damit gern Mehrwerte schaffen möchten. Doch der Besitzer verjagt's. Und die Not geht weiter. ....

Ist es nicht an der Zeit, daß solche verrotteten, unsmünnigen, unmenslichen Zustände endlich verschwinden? Begreift's, Ihr Proletarier all, daß es eure heiligste Pflicht ist, diese Zustände zu beseitigen! Häßt Euch, schließt Euch zusammen in gewerkschaftlicher und politischer Organisation, zimmert Euch mit starker Hand ein Wirtschaftsgebäude, das jedem gerecht wird und Not und Elend aus der Menschheit bann!

Ein erhabenes Ziel, großer Opfer und Kämpfe wert. Und es wird erreicht werden. Erfüllen wird sich das große Sehnen der Menschheit. Als Schwestern und Brüder werden sich alle Menschen achten und lieben. Keine Not und Trübsal mehr, überall freudige Schaffenskraft zum Wohle und Gedeihen aller!

Das aber ist dann das frohe Fest der Auferstehung der Menschheit! Möge es uns bald beschied sein!  
H. Sch.

## Die neuen Steuerprojekte.

(Schluß.)

Da erhebt sich vor allem die Frage: Welcher Art sind die geplanten indirekten Abgaben? Welche Verbrauchsartikel will man verteuern? Denn eine Verteuerung muß eintreten; wäre dies nicht der Fall, würden die Preise nicht um den Steuerbetrag erhöht werden, dann käme ja die Steuer überhaupt nicht herein. ... Und können sich die konsumierenden Massen in den zu besteuerten Artikeln Einschränkungen auferlegen?

Die neuen Lasten sollen gelegt werden auf Branntwein, Tabak, Bier und Wein, also auf Genussmittel, die heute allgemein im Verbrauch sind. Indirekte Steuern also! Wissenschaft und Erfahrung haben über diese Art von Abgaben längst den Stab gebrochen, weil sie die große Masse der Besitzlosen treffen, die kleine Anzahl von Reichen hingegen freilassen. Indirekte Steuern, welche nicht von einem bestimmten Ertrage oder Einkommen beghalt werden, bilden eine Belastung derjenigen, die die besteuerten Gegenstände gebrauchen, weil sie dieselben um den Betrag der Steuer teurer bezahlen müssen. Der Staat erhebt die Steuer, welche ausschließlich die Konsumenten trifft, selbstverständlich nicht bei diesen, weil dies technisch unmöglich, kostspielig und auch zu auffällig wäre, sondern bei den Produzenten der besteuerten Gegenstände, welche die Steuer auf den Preis aufschlagen und dadurch auf die Konsumenten überwälzen. Das ist für den Staat sehr bequem und vor allem: es ist für ihn ertragreicher, als wenn er eine direkte Abgabe von einigen Kapitalisten heischen würde. Konsumsteuern haben aber noch andere Nachteile. Dadurch, daß sie von den Produzenten, welche gleichsam als Steuereinnahmer fungieren, direkt eingehoben werden, von den Käufern aber, welche die um die Steuer verteuerten Waren gebrauchen, indirekt, entgeht diesen, entgeht der großen Masse der Bevölkerung die Möglichkeit der Kontrolle. Und das ist dem von den Besitzenden regierten Klassenstaat gerade recht: Er will nicht kontrolliert sein! Bei den direkten Steuern kann man ihm wohl auf die Finger sehen, bei den indirekten aber nicht. Bei diesen merkt es der Steuerzahler nicht so genau, wie er ausgeplündert wird; wenn er es auch spürt, so denkt er darüber nicht weiter nach, die Gewohnheit stumpft ihn ab; er nimmt die Sache hin, weil die Steuer, absolut betrachtet, gering ist. Es handelt sich ja, da der Arme nur ganz kleine Quantitäten kauft, um scheinbar niedrige Beträge. Ein Glas Bier oder Wein, eine Pfeife Tabak — sie enthalten nur geringfügige Prozentsätze der Steuer. Daß der Arme gerade deshalb mehr zahlt als der Reiche, daß die Besteuerung kleiner Quantitäten relativ höher ist als die großer Mengen, kommt dem Armen beim täglichen Einkauf nicht klar zum Bewußtsein. Und doch ist es so: die vielen kleinen Portionen, die der Staat vom armen Konsumenten erhält, sind weit aus-

giebiger als die Leistungen des Reiches. Die Masse macht es aus! Es ist eine wohlbedachte Spekulation des Staates auf die Gedankenlosigkeit der Verbraucher, ihre Langmut und Gleichgültigkeit! Diese Eigenschaften der Masse, die noch viel zu wenig von der Energie der Klar und Klassenbewußt Denkenden aufgerüttelt wird, ist für den Staat Milliarden wert. Was wäre der Staat der Reichen, wenn er nicht auf die Geduld der Masse bauen und vertrauen könnte?

Bei der direkten Steuer liegt die Sache ganz anders. Sie wird nicht wie die indirekte täglich und stündlich abgehoben, ohne daß es der Besteuerte merkt, sondern viel seltener. Wenn es aber geschieht, dann merkt es eben der Besteuerte, er wird aufmerksam und — aufgereizt. Das aber will der Staat vermeiden! Nur kein Aufsehen, sagt er sich, wenn ich den Schäfchen die Wolle schere: ich zupfe ihnen ja die Haare einzeln aus, da tut's weniger weh. Die Hauptsache aber ist: es bringt mehr ein und ist eine für den Staat sehr bequeme Prozedur, bei der es kein Entlaufen gibt. Bei den direkten Steuern kann geschwindelt werden und wird geschwindelt nach Noten. Wenn schon nicht die Kleinen, so haben doch die Großen die Möglichkeit und Gelegenheit, den Staat hinten und vorne zu betrügen. Je größer das Vermögen, je größer das Einkommen ist, desto leichter läßt es sich verbergen! Steuerbefraubationen kommen nur bei den Reichen vor, das ist eine alte Erfahrung. In seine eiserne Kasse kann der Steuerbeamte nicht hineinschauen; in die eiserne Kasse des Armen braucht er nicht hineinzusehen, aus dem einfachen Grunde, weil der Arme keine Kasse hat und überhaupt nichts besitzt.

Der Arme kann sich bei gewissen Genußmitteln Entbehrungen auferlegen und er legt sie sich auf. Aber wenn er schon bei dem einen spart, so wird er sich dafür bei dem anderen entschädigen wollen, und wenn auch das nicht geht, so greift er zu billigen Surrogaten, um freilich dabei vom Regen in die Traufe zu kommen: denn die sind noch mehr besteuert als das echte, gute Produkt. Das wichtigste aber ist: Die indirekten Steuern verteilen die Last höchst ungleichmäßig, weil jeder, auch der Ärmste, sie tragen muß, und die Wohlhabenden nicht im Verhältnis zu ihrem Einkommen mehr zahlen. Der Reiche wird auch bei den indirekten Abgaben bei weitem nicht in dem gebührenden Maße herangezogen, und darum sind die indirekten Abgaben die Lieblingssteuern des von den Reichen beherrschten Klassenstaates. Darum auch beabsichtigt die Reichsregierung, gerade die Hauptlast auf wichtige Verbrauchsgegenstände zu legen: Bier, Wein, Tabak, Branntwein.

Allerdings ist auch eine Gas- und Elektrizitätssteuer geplant. Aber sind das nicht für den Gebrauch unentbehrliche Dinge? Und ist nicht speziell das Gaslicht heute weniger luxuriös als das Pe-

roleumlicht? Und was die elektrische Kraft anbelangt, so bildet sie sich immer mehr und mehr zum Rückgrat der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung aus. Dieses Rückgrat zu schwächen ist insbesondere in dem gegenwärtigen Stadium, da die Verwendung dieser Naturkraft erst im flüchtig begriffen ist, ein arger Fehler, weil er diesen verlangsamt und die Industrie trifft, zu der doch auch die Arbeiter gehören. Wie aber die industriellen es verstehen, Lasten, die ihnen zugebacht sind, auf andere Schultern, zumal auf die der Arbeiter zu überwälzen, das weiß man nur zu gut. Deshalb ist ja auch der Widerstand der Industriellen gegen derartige Steuern ein schwacher. Die Herren strengen sich nicht an, weil sie wissen, sie bringen den Verlust schon wieder herein durch eine intensivere Ausnützung der Arbeitskräfte. Ja, wenn es sich um eine Lohnerhöhung handelt, da stellen die Herren Ausbeuter ihren Mann. Aber dem Vater Staat, der sie bei ihren Praktiken so liebevoll beschützt, dem betwilligen sie trotz einigen Sträubens schließlich doch alles, was er will. Dessen Begehrlichkeit löst nicht ihre Energie aus, nur gegen die schwachen Arbeiter schlagen sie aus wie wilde Hengste!

Die Elektrizitätssteuer wird eine eminent wichtige Hilfskraft der Industrie verteuern und speziell die elektrotechnische Industrie sowie die von ihr abhängigen Gewerbe beeinträchtigen, so daß gerade diese Steuer das im Regierungsentwurfe ausdrücklich aufgestellte Prinzip, eine Belastung des Verkehrs zu vermeiden, durchbricht. Die Elektrizitätssteuer trifft übrigens auch die Landwirtschaft. Denn die Herstellung künstlichen Düngers, die für den Landwirt eine Lebensfrage ist, kann ohne elektrischen Strom nicht erfolgen. Die Gewinnung von Salpeter aus der atmosphärischen Luft ist eine der wichtigsten Erzeugnisse; die Ausnützung derselben beruht aber auf der Verwendung billiger elektrischer Kraft. Und nun soll auch diese verteuert werden! Was wird die Folge dieser volkswirtschaftlich so nachteiligen Besteuerung sein? Doch die Produktivität der Landwirtschaft nicht gehoben wird, daß die Steigerung der Produktion unterbleibt, daß die Lebensmittel nach wie vor teuer bleiben! Die Landwirte werden, sofern sie dennoch der elektrischen Kraft bezug des mit ihr hergestellten Düngemittels sich bedienen, die Kosten auf den Konsum abladen. Wieder werden es die großen Massen der Besitzlosen büßen müssen, daß der Staat die Agrarier zu Steuerinlassanten macht. Nicht die Agrarier, die Konsumanten werden die Steuerträger sein. Die Elektrizitätssteuer wird indirekt auf das Brot, auf die Feldfrüchte aufgeschlagen werden!

So wie die Kasse immer auf die Pfoten fällt, so wendet sich eben jede Verbrauchssteuer wider den Konsum, wider die Konsumanten, unter welchen die Arbeiter die zahlreichste und wichtigste Gruppe bilden.

Und wenn schon einmal ausnahmsweise von der Abgierung ein anderes Objekt zur Besteuerung ausgewählt wird, wenn schon die Regierung das Vermögen aufs Korn nimmt, dann geschieht dies so schonungslos, daß die Besitzenden zufrieden sein können. Wenn sie trotzdem dagegen remonstrieren, so nur deswegen, weil sie es eben seit jeher gewohnt sind, mit Glacéhandschuhen vom Fiskus angefaßt zu werden und sie bei ihrem kolossalen Einfluß im Staate die begründete Hoffnung hegen dürfen, daß sie auch dieses beschiedene Verlangen des Staates nach ihren Steuerpflichtigen abzuweisen imstande sein werden. Insbesondere der Großgrundbesitz wehrt sich nach echter Junkerart mit Händen und Füßen gegen den projektirten Ausbau der Erbschaftsteuer (die sogenannte Nachlasssteuer). Das Wort: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“, gilt nicht vom Junker. Der will nichts erwerben, d. h. arbeiten, sondern nur besitzen! Von dem, was er erbt, möchte er am liebsten gar nichts ablassen, und wenn er dennoch muß, dann möglichst wenig. Darum fordern die Agrarier bei der Nachlasssteuer Begünstigungen für sich, als ob es das selbstverständlichste Ding von der Welt wäre, daß ihnen eine Extrawurst geboten werde. So fordern sie Vorteile für landwirtschaftliche Grundstücke, die anderen vorzuziehen sein sollen. Nun mögen ja bei der Vererbung solcher Grundstücke manchmal Schwierigkeiten — gewiß aber keine unüberwindlichen! — entstehen, insbesondere dann, wenn keine flüssigen Mittel vorhanden sind und die Veräußerung eines Teiles des Grundstückes unzulässig erscheint. Allein wenn man schon dies gelten lassen will, so gilt es doch nur für kleine Bauerngüter, keinesfalls für große oder gar für die Latifundien der Junker, die ohne weiteres der Forderung des Staates entsprechen können, wenn — sie nur wollen. Nimmt man aber auf agrarischen Grundbesitz Rücksicht, dann ist wirklich nicht einzusehen, warum sie nicht auch auf den städtischen, auf den industriellen genommen wird. Gleiches Recht für alle! Wo bliebe sonst der Grundsatz der Rechtsgleichheit? Allerdings, die Junkerkaste hat ihn nie anerkannt und es durch ihren Terrorismus auch stets zu verhindern gewußt, daß er sich Geltung verschaffe. Denn die Junkerkaste will herrschen, will ausbeuten, und um dies zu können, braucht sie Privilegien, Vorrechte, und weil sie Vorrechte besitzt, darum knechtet sie die Massen. . . .

Wo immer man das Steuerbrett der Regierung ansieht, es riecht nach Liebesgaben für die Junker, für die Besitzenden überhaupt. Den Stallhund und das Kontorparfüm verleugnet keine einzige von den Steuern, die da in Aussicht genommen werden, um dem lahmen Reichsfinanzgaul aufzuhelfen. Und verjüht wird die Steuerforderung der Regierung noch durch die löblichen Zwecke, welchen die neuen Abgaben zugeführt werden sollen. In

## Der Rückfällige.

Novelle in Versen. Von Ludwig Würkert.\*

„Zu Deinen Runden auf für die Stummnen und für die Sätze aller, die verlassen sind.“  
Epr. 31, 8.

### I.

Seht ihr dort den Züchtling weinen? — Schmerzens-  
tränen sind das nicht,  
Denn es glänzt gar hohe Freude hell auf seinem  
Angezicht,  
Gandyschlag gibt er dem Direktor, — spricht von  
Weiß, von Rind und Haus, —  
Lächelnd zieht er und doch schluchzend dann die  
Züchtlingskleider aus.

Heil! der Züchtling wird entlassen, seine Strafzeit  
ist vorbei!

Bonnetränen weint er selig — heute, ach, wird er ja frei!  
Und schon trägt, statt hinter Fäden, er nun seinen  
eigenen Rock,  
Und ergreift als Neugebor'ner Reisepaß und Hut  
und Stok.

Treu noch mahnen die Beamten: „Weibe fortan  
fromm bewahrt,“  
„Gast dich wirklich hier gebessert, war'st ja nicht so  
schlimmer Art,“

„Falle nicht zurück ins Fink're, deine Strafe ward  
verbüßt,“

„Und so sei von uns und allen als Gerechter begrüßt!“

\* Ludwig Würkert war Geistlicher in Sachsen, gehörte zu den Frei Denkern und mußte wegen seiner Überzeugung selbst eine mehrljährige Zuchthausstrafe durchkosten.

Und es reicht der Freigelass'ne seine Hand noch  
einmal dar,

Ach, aus seinem Wort und Auge spricht das Gute  
rein und wahr,  
Mit dem allerbesten Herzen schreit er jetzt aus dem  
Tor,

Und schon steigt er froh und glücklich dort den grünen  
Berg empor.

### II.

Woll'n im Geiste ihn begleiten! — 's ist vielleicht der  
Mühe wert, —  
Sein Gesicht hat er von neuem jetzt dem Zuchthaus  
zugekehrt.

Und er faltet still die Hände, — immer wieder, —  
noch einmal

Blickt er hin nach Luxm und Bawern, feuszt er  
nieder in das Tal.

Und er betet laut die Worte: „Gott nimm du dich  
meiner an,

Führe mich mit deinem Geiste allezeit auf eb'ner  
Bahn,

Daß mich niemals wieder irren, — Herr, mein Vorsatz  
ist so rein,

Fromm und treu nur will ich wandeln, aller Menschen  
Bruder sein!“

Und es werden seine Augen jetzt von heil'gen Tränen  
naß,

Und es rötet sich sein Antlitz, das vorher so fahl  
und blaß,

Auf blickt er zum klaren Himmel, und das Herz wird  
ihm so leicht,

Er versagt sich Raß und Ruhe, bis die Scimat er  
erreicht.

### III.

Abend ist's, — der Weg zu Ende, — schon hört er des  
Wächters Horn,  
Und er eilt beim Sternenglanze über Distel, Stein  
und Dorn,  
Schreitet nach des Dorfes Ende, bleibt an einer  
Hütte steh'n,  
Foiert unter heißen Tränen hier ein frohes Wieder-  
seh'n.

„Traure nicht, 's soll besser werden!“ ruft er seinem  
Weibe zu,

Und das Weib fällt um den Hals ihm, — weckt die  
Kinder aus der Ruß',

Und die Kinder alle jubeln, und die Eltern jubeln  
mit, —

Und die Mutter gibt vom Brote jedem nun noch  
einen Schnitt.

Und ein Ei wird bei dem Nachbar für den Vater  
noch geborgt,

Und die Ziege wird gemolken und ein Festmahl so  
besorgt.

In der Hütte hat ein Engel reich die Freude aus-  
gesät,

Und das schöne Fest der Armen dauert lange, endet  
spät.

### IV.

Früh am Morgen geht der Vater dennoch schon nach  
Arbeit aus,

Geht zum Richter, geht zum Bauer, — in der Stadt  
in manches Haus:

Aber überall vergebens, — ach, man schenkt ihm kein  
Vertrau'n,

erster Linie ist da wieder an die Tilgung wenigstens eines Teiles der Reichsschulden gedacht, d. h. mit anderen Worten: die großen Kapitalisthaifische — die Finanz- und Börsenmänner — sollen ihr Geld bei Pfennig und Heller mit reichlichem Zins zurück-erhalten; wieviel diesem schönen Zwecke zugewendet werden soll, wird nicht gesagt. Die Regierung will sich nicht binden, andererseits darf sie es ja mit jenen Großkapitalisten nicht verderben. Der Geldbedarf des Reiches ist ununterbrochen im Wachstum begriffen, und wer weiß, wie bald man wieder an die Börsenkönige und Bankfürsten herantreten muß. Rund 100 Millionen werden für Befoldungsaufbesserungen bei Zivil und Militär, 85 Millionen zur Herabsetzung der Zucksteuer für die Zuckerkapitalisten gebraucht; ferner soll Ersatz (40 bis 45 Millionen) für die unmögliche Fahrkartensteuer geschaffen werden, desgleichen ein Ersatz für den erschöpften Reichsinvalidenfonds (30 Millionen); die den Bundesstaaten gestundeten Matrikularbeiträge (180 Millionen) sollen erlassen werden u. a. m. Eine beträchtliche Summe ist natürlich dem Moloch Marinismus und Militarismus zu spenden, und auch die Kolonien sind noch nicht genug beschenkt. Was unter solchen Umständen für die Wittven- und Waisenversicherung übrig bleiben wird, kann man leicht berechnen. Nichts. Durchweg unproduktive Ausgaben — indirekte Steuern, das ist die Finanzwirtschaft im Reich! Und das Ende ist nicht abzusehen. . . .

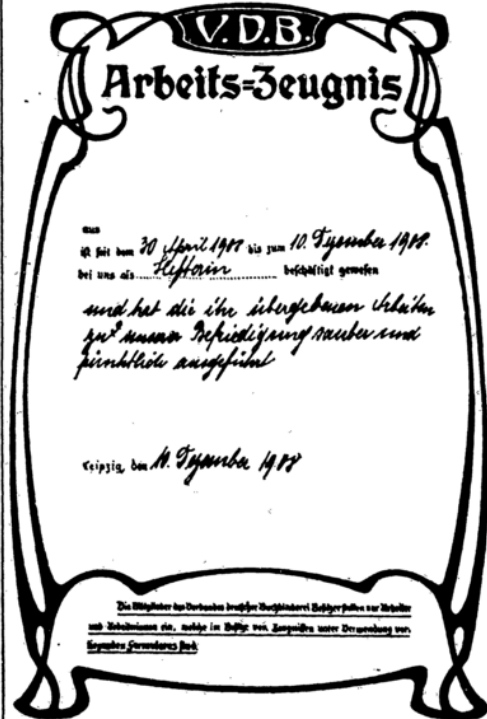
Und nun die Hauptfrage: Ist das deutsche Volk imstande, jährlich 500 Millionen Mark mehr aufzubringen? Die Regierung sagt: Ja! Und einer ihrer apportierenden journalistischen Leibdiener weist zur Begründung der Reichssteuerpläne auf den zunehmenden Wohlstand des deutschen Volkes hin: „Der Reichtum des deutschen Volkes wächst von Jahr zu Jahr in einer geradezu erstaunlichen Weise.“ Und dann wird uns vorgerechnet: In 22 Jahren soll das deutsche Nationalvermögen um 30 Milliarden Mark gestiegen sein; auf deutschem Boden lebe eine Bevölkerung von 92 Millionen Menschen und auf jeden einzelnen kommen 65 M. ersparten Geldes im Jahr. Und „nur“ 8 M. davon verlange das „Reich“ . . . .

Also auf, Ihr Glücklichen, öffnet Eure Sparbüchsen, die heimlichen Schränke und Strümpfe, und gebt sie heraus die 8 M. l. Von der Mehrbesteuerung des Biers und Weins, des Tabaks und Branntweins allein erwartet die Regierung 300 Millionen oder 5 M. pro Kopf. Stürzt Euch, deutsche Proletarier, dem „Reiche“ zuliebe, das Euch als Staatsbürger dritter Klasse behandelt, das Euren Bestrebungen nur Polizeigewalt und Hohn entgegensetzt, das Euch im Reich und sonst überall das gleiche Recht verweigert, stürzt Euch diesem Staate der Reichen zuliebe in ein Alkoholmeer und einen Nikotinnebel! Es ist nicht patriotisch, weniger zu trinken und

weniger zu rauchen. Patriotisch ist es vielmehr, zu sparen — für die anderen: für die Junker und die Kapitalisten, die Euch unterdrücken und beherrschen, um Euch bequemer die Taschen leeren zu können. Die neuen Reichssteuern sind ein glänzender Beweis für die zärtliche Fürsorge, die die herrschenden Klassen sich selbst angedeihen lassen, sie sind ein Stück Klassengesetzgebung, welches die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung schwer belasten wird, weil jene, welchen die herausgehende Vermehrung des Nationalvermögens — 4 Milliarden im Jahr! — ausschließlich zugute kommt, zugleich diejenigen sind, die alle Lasten des Staates zu drei Vierteln auf die Besitzlosen abzumägen verstehen, und die 2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter noch nicht über jene Macht verfügen, um sich solcher kapitalistischer Steuerpläne erwehren zu können. Aber diese Zeit wird kommen. s. k.

**Arbeitszeugnis des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer.**

Was soll das bedeuten? — fragten wir unwillkürlich, als uns das untenstehend wiedergegebene Arbeitszeugnis vorgelegt wurde, von dessen Existenz wir bisher noch keine Ahnung gehabt hatten.



Die Namen der Kollegin und der Firma sind aus leicht begreiflichen Gründen fortgelassen.

Will der V. D. B. durch seine Abkehrschneide etwa ein ähnliches Schreckenregiment einführen als die Grubenbesitzer mit ihren berüchtigten schwarzen Listen? Da dürfte er sich doch verrechnen, denn einen solchen Zwang würden sich unsere Kollegen und Kolleginnen nicht gefallen lassen. Wie stimmen übrigens solche Arbeitszeugnisse mit der „vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Verbände“ — des V. D. B. und unseres Verbandes — überein, wie sie der V. D. B. beim Friedensschluß 1906 versprach?

Unsere Kollegen und Kolleginnen aber wollen acht geben, ob die Arbeitszeugnisse allgemein aus-gegeben werden.

**Wird unsere Verbandsliteratur gelesen?**

Ja, gewiß werden die von unserem Verbandsvorstand herausgegebenen Bücher und Broschüren gelesen. Es wäre ja auch allzu traurig, wenn das nicht der Fall wäre. Dann wäre ja das schöne Stück Geld, das sie uns kosten, weggeworfen! Eine andere Frage aber ist, ob sie von so vielen Verbandsmitgliedern und ob sie so fleißig und gründlich gelesen werden, wie sie es verdienen und wie es dem Zweck, für den sie geschrieben und gedruckt wurden, entspricht. Das geschieht unserer Meinung nach leider nicht, durchaus nicht in dem Maße, wie man es wünschen muß und im Interesse unseres Verbandes wie der gesamten Kollegenschaft verlangen kann. Was mag daran schuld sein? Vielleicht wissen allzu viele Kollegen und Kolleginnen den Wert unserer Druckschriften noch nicht recht zu schätzen. Darum sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß diese Schriften außerhalb unserer Kollegenschaft von Leuten, die auch etwas von den Dingen der Gewerkschaftsbewegung verstehen, recht hoch eingeschätzt werden. So schreibt z. B. Adolf Braun in Nr. 13 des laufenden Jahrganges der „Neuen Zeit“ über das Handbuch für die Bevollmächtigten des Deutschen Buchbinderverbandes und über das Handbuch des Holzarbeiterverbandes: „Die gründliche Durcharbeitung eines dieser Bücher wird nicht nur einen tiefen Einblick in die merkwürdige, eigenartige und mannigfache Verwaltungstätigkeit der deutschen Gewerkschaften gewähren, sondern auch sicherlich jedem, der wohl die allgemeinen Prinzipien der Gewerkschaften, aber nicht ihre Wirksamkeit im einzelnen, nicht ihre Kleinarbeit kennt, reichliche Belehrung verschaffen und ein Gefühl der Achtung für die außerordentliche Arbeit, die innerhalb der Gewerkschaften geleistet wird, auslösen. Wer vor 15 und 20 Jahren die Gewerkschaften gekannt hat und heute eines dieser Bücher liest, der wird erstaunt sein über das, was heute ein Gewerkschaftsbevollmächtigter zu leisten hat, beziehentlich über das, was von ihm die Organisation fordert. Man

Ob sein Mund auch spricht so ehrlich, und die Augen bittend schau'n.

Hier und da ein Ahselzucken, — oder 's Klingt wie Bibelwort: „Lieber Mann, stets hilft der Himmel jedem guten Menschen fort.“ „Doch bei mir — ich muß gestehen, — bessert nur der Lebenslauf.“ — Ga, die Priester und Bebiten! Keiner hilft dem Armen auf.

Und so wird er abgewiesen, — zieht bekümmert hin und her, Es vergehet Woch' auf Woch', und das Herz wird ihm so schwer, — Mandchen Tadel hört er fallen, manches Auge blidt so scheu, — Denn die Besserung eines Züchtlings gilt ja nur als Scheuerei. —

V.

Und die Richter und die Schöppen halten endlich einen Rat, Und man spricht von Müßiggänge und von Schuld und Mißtat, Kennt die Armen „böse Menschen“, spricht von Bettelmann und Frau, Und beschließt: den früher'n Züchtling anzustell'n beim Straßenbau. Freudig nun schlägt er die Steine früh schon, wenn der Morgen graut, Kehret heim erst, wenn der Abend Strah' und Felder übertaut,

Schafft auch hier noch in der Hütte oft bis in die tiefe Nacht, Will sein Glück durch Arbeit gründen, will es durch des Fleißes Macht.

Und schon sieht sein Glück er keimen, heller glänzt des Haul'es Stern. — Armer, bleib' bei Hüt' und Strahe, Armer, bleib' von Menschen fern! Deine Arbeit sei dir alles, Weib und Kind sei deine Welt! — Aber ach, schon sind vom Schicksal dunkle Netze ihm gestellt. —

VI.

Sonntag ist's, zum ersten Male geht er jetzt zur Kirche hin, Dank und Friede nur registern ihm tiefsinnig Herz und Sinn. Und er tritt in die Gemeinde, aber jeder weicht zurück, Hans und Hinge, Görg und Töffel: still rückt jeder noch ein Stück. —

Und sie riechen an die Sträuher, streicheln bornehm Bauch und Schoß, Und der eine gibt dem andern hustend einen Rippenstoß, All die Christenkinder singen, — oder glohen doch ins Buch, — Und der früh're Züchtling fühlet still und traurig seinen Fluch.

Wald danach kommt's Fezt der Pfingsten, und noch einmal wagt er's frisch;

Geht zur Kirck' mit seinem Weibe, geht mit ihm zu Gottes Tisch.

Und er tritt still zum Altare, — aber jeder weicht zurück, Hans und Hinge, Görg und Töffel: still rückt jeder noch ein Stück. —

Und sie riechen an die Sträuher, — jeder dünkt sich tugendreich, Schmungelt still: „Dir, Gott ich danke, daß ich bin nicht diesem gleich!“ Und die Christenkinder singen, oder glohen doch ins Buch, Und der früh're Züchtling fühlet still und traurig seinen Fluch.

Er vermeidet nun die Kirche, doch mit Fleiß und Müßigkeit Schlägt er Steine an der Strahe, gönnt sich selten Ruhezeit, Hält dann Andacht in der Hütte, wenn er bei den Seinen steht, Singt mit ihnen Lied und Psalmen oder spricht ein Festgebet.

Und sein Weib mahnt oft ihn freundlich: „Geh' einmal zur Schänke doch.“ „Gast so lange ja getragen deiner Arbeit schweres Joß, „Tue dir einmal denn gütlich, — Schänke ist nicht Gotteshaus.“ — „Trinkst du ruhig dort ein Krüglein, schließt gewiß dich niemand aus.“

(Fortsetzung folgt.)

erfiehlt dies schon aus dem Inhaltsverzeichnis, das bei dem Handbuch der Buchbinder vier enggedruckte Seiten umfaßt, die wir am liebsten abdrucken würden, weil sie schon allein überaus lehrreich sind.“ — Ebenso hebt der Verfasser auch den reichen Inhalt und den Wert des Jahrbuches unseres Verbandes hervor, wie auch in gleicher Weise die statistischen Erhebungen über die Lage der Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen besprochen werden.

Nicht minder wichtig und wertvoll erscheinen unsere Druckschriften dem Kritiker der „Sozialistischen Monatshefte“, der in Nr. 4 des laufenden Jahrganges zunächst die Erhebungen in der Kartonnagenbranche erwähnt, und dann unser Handbuch, das, wie er schreibt, „dem Besten, was auf diesem Gebiete publiziert ist, an die Seite gestellt werden kann. Auch sein (des Buchbinderverbandes) Jahrbuch für das Jahr 1907 ist an dieser Stelle zu erwähnen, und schließlich noch eine originelle Agitationsbrochure: „Im Spiegel des Lebens“.

Unsere Kollegen und Kolleginnen mögen diese Urteile beachten, und besonders unserem jungen Nachwuchs ist dringend die Anschaffung unseres Handbuchs zu empfehlen. Wie froh wären unsere Kollegen vor 10 oder gar 20 Jahren gewesen, wenn sie für den geringen Preis von 1 Mk. ein solches Handbuch der gewerkschaftlichen Praxis hätten erwerben können.

H. B.

## Internationales.

**Jahresbericht des tschechischen Buchbinder-Verbandes.** Aus demselben geht hervor, dass der Verband 18 Zahlstellen besitzt, welche sich auf Böhmen, Mähren und eine in Wien verteilen. In diesen sind insgesamt 629 Mitglieder gegen 558 am Schlusse des Jahres 1907 vorhanden. Die Gesamteinnahme betrug 1908 18 342,98 Kronen (1907 15 915,59 Kronen), welcher eine Ausgabe von 12 009,15 Kronen gegenübersteht. Ausgegeben wurde für Arbeitslosenunterstützung 3572,56 Kr., für Reiseunterstützung 389,02 Kr., für Krankenunterstützung 2786,10 Kr., für Invalidenunterstützung 57 Kr. und für Witwenunterstützung 40 Kr. Das Verbandsorgan, „Kniharsky obzor“ erforderte eine Ausgabe von 1901,07 Kronen, für Bücher und Zeitschriften hat der Verband ausserdem 791,47 Kr. ausgegeben.

Auffallend ist das Fehlen jeglicher Ausgaben für Lohnbewegungen in dem Jahresbericht. Freilich ist das auch wieder erklärlich, da bei einem Ueberschuss von 2427,89 Kr. für ernsthafte Lohnbewegungen nichts übrig bleibt. Ja bei einer durchgreifenden Bewegung zur Verbesserung der recht unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Böhmen würde das ganze Verbandsvermögen — 1908 18 342,98 Kr. gegen 15 915,59 Kr. in 1907 — bald zerstoben. Aus dieser Erkenntnis heraus riskiert man lieber keine Lohnbewegungen. Damit wird aber der Hauptzweck jeder zielbewussten Gewerkschaftsbewegung verfehlt. Wirklichen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen kann nur eine grosse Gewerkschaft gewinnen. Das sollten auch die tschechischen Kollegen bedenken, und sich dem Reichsverband anschliessen.

**Das norwegische Gesetz über Staats- und Gemeindebeiträge zu den Arbeitslosenkassen,** das am 1. Oktober 1906 in Kraft trat, ist in den ersten zwei Jahren seines Bestehens von den norwegischen Gewerkschaften und ihren Arbeitskassen garnicht benutzt worden, weil es gewisse Bestimmungen enthielt, die der organisierten Arbeiterschaft allzu bedenklich erschienen. Nachdem jedoch im Juli 1908 eine Revision des Gesetzes zustande kam, suchen die Gewerkschaften sich mehr und mehr den Vorteil zunutze zu machen, dass sie ein Drittel der Ausgaben ihrer Arbeitslosenkassen aus der Staatskasse ersetzt erhalten können. Auch der Norwegische Buchbinderverband befasst sich jetzt mit der Frage, ob man auf diese Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln Anspruch erheben soll. Die Verbandsabteilung Trondhjem hat sich schon dafür erklärt und demgemäss einen Antrag an den Verbandsvorstand eingereicht, der nun den Verbandsabteilungen der verschiedenen Städte zur Beratung überwiesen ist. — Das dänische Gesetz über Staats- und Gemeindebeiträge zur Arbeitslosenunterstützung, das besser abgefasst ist als das norwegische, hat von Anfang

an weit mehr Anklang bei der Arbeiterschaft gefunden, sodass nun fast sämtliche Gewerkschaften, wie ja auch der Buchbinderverband Dänemarks, sich die Vorteile, die es bietet, zunutze machen.

## Sind die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften?

Nichts regt die Führer der sogenannten christlichen Gewerkschaften mehr auf, als wenn man ihnen die Drapierung als „neutrale“ Gewerkschaftler von den Schultern reißt und sie als Zutreiber für die Zentrumsparthei bloßstellt. „Christlichneutral“ ist Unsinn! Denn wie kann man alle Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich vereinigen — was doch eine Notwendigkeit ist — wenn man ein bestimmtes Glaubensbekenntnis von ihnen verlangt? Was soll dann mit denen geschehen, die aus tiefinnerster Ueberzeugung eine solche Verpflichtung nicht eingehen können? Sie müßten sich in besonderen Organisationen zusammenfinden, und damit wäre die Arbeiterzersplitterung fertig. Aus dieser Erkenntnis heraus legen die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern keinerlei Zwang auf in religiöser und auch politischer Beziehung. Anders ist das bei den christlichen Gewerkschaften, wofür wir hier nur einige Proben niederlegen wollen, aus denen auch die „Graphischen Stimmen“, das Organ des christlichen graphischen Verbandes der Farbenarbeiter, Lumpenfortierer, Fabrikarbeiter, Buchbinder usw. usw. werden entnehmen können, daß es keine „freie Verleumdung“ war, als wir die christlichen Gewerkschaften als „Zentrumsgewerkschaften“ bezeichneten. Also zur Sache:

Justizrat Julius Bachem sagte schon im Sommer 1899 in der Generalversammlung des Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse:

„Für die Zentrumsparthei ist meines Erachtens die höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Sozialdemokratie gleich zu tun. Die Bewegung ist unaufhaltbar, sie wird sich vollziehen mit uns oder ohne uns und gegen uns. Ueber diejenigen, die beiseite stehen, geht die Entwicklung hinweg. Wir wollen und müssen dabei sein.“

Und der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland sagte auf dem sozialen Kursus zu Ravensburg 1906:

„Wir stehen vor der dringenden Notwendigkeit, die christlichen Gewerkschaften auszubreiten, vor allem in den mehr ländlichen Bezirken, die von der Sozialdemokratie noch nicht befehrt sind. Eine Belämpfung der sozialdemokratischen Gewerkschaften wäre lächerlich, wenn man nicht vorher dafür gesorgt hätte, daß den katholischen Arbeitern Gelegenheit und Anregung gegeben wäre, den christlichen sich anzuschließen. Wer den freien Gewerkschaften angehört, ist für uns verloren, und wen wir in den nächsten zehn Jahren nicht für uns gewonnen haben, ist überhaupt verloren. Es wäre geradezu ein moralisches Wunder, wenn bei der vielseitigen regen Tätigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften diese sich nicht Ansehen und Achtung bei den Arbeitern verschafften, um so mehr, wenn von unserer Seite in genannter Richtung wenig oder gar nichts geschieht. Daher ist es höchste Zeit, einzugreifen...“

Droht Gefahr, daß die an einem Orte agitierenden Sozialdemokraten auch die katholischen Arbeiter unter ihren Einfluß bringen, so ist in solchen Fällen der Geistliche als Seelforger verpflichtet, durch eigenes Eingreifen die katholischen Arbeiter durch Zusammenschluß in einer christlichen Gewerkschaft vor der „sozialdemokratischen Gefahr zu schützen.“ (S. „Erdmann, Die christlichen Gewerkschaften.“ — Ein vortreffliches Werk, das wir nur zum Studium empfehlen können.)

Das sind Urteile zweier waschechter Zentrumsleute, die auch bei den Führern der Zentrumsgewerkschaften in hohem Ansehen stehen. Freilich wittern auch hier und da die katholischen Arbeiter in richtigem Massensinn, daß bei der Parole: Zentrumsinteressen über alles! — ihre Interessen zu kurz kommen. Das kam am 6. März 1909 in Düren zum Ausdruck, wo eine tausendköpfige Versammlung katholischer Arbeiter gegen die Man-

didatur des Fürsten Salm-Dyck-Reifferscheidt protestierte, den das Zentrum als Nachfolger des verstorbenen Grafen Hompesch im Kreise Düren-Füllich aufgestellt hat. Die Veranstaltung ging von Leuten aus, die jahrelang Vertrauensämter in der Zentrumsparthei und in den Zentrums-gewerkschaften bekleidet haben. Der Einberufer erntete fürmischen Beifall, als er gegen die Fürstendankatur zu Felde zog. Ein Verteidiger des offiziellen Zentrums, ein Gewerkschaftsbeamter, erklärte, daß auch er vieles in der Zentrums-politik beurteilen müsse; besonders könne er sich mit dem Vorgehen der Partei in den Steuerfragen nicht einverstanden erklären. Indessen der Fürst sei ein Mann, der für alle Stände eintreten wolle. — Das Hohn-gelächter der Versammelten ließ den Redner nicht weiter sprechen. Nicht besser erging es den anderen Verteidigern der offiziellen Kandidatur. Obwohl die Freunde des Fürsten sämtlich gewiegte, mit allen Kniffen vertraute Redner, die wenigen Wortführer der katholischen Arbeiter aber uneholfene Sprecher waren, trugen die letzteren einen vollen Sieg davon. Die Empörung stieg auf das höchste, als die Praktiken bekannt wurden, mit welchen das offizielle Zentrum gegen die Ansprüche der Arbeiter gewirkt hat, und als darauf hingewiesen wurde, daß die Zentrums-presse die Aufnahme der Versammlungsanzeigen verweigert hat.

Dieser Fürst Salm-Dyck-Reifferscheidt scheint ja allerdings ein angenehmer Vertreter des „Arbeiterstandes“ zu sein, denn die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb folgendes über ihn: „Fürst Salm steht in den vierziger Jahren, seit 1893 ist er erblicher Inhaber des Herrenhauses und zurzeit Vizepräsident des Vereins vom heiligen Lande. Vor anderthalb Jahren war die sozialdemokratische Presse gezwungen, sich etwas eingehender mit dem Herrn zu befassen. Auf Schloß Dyck im rheinischen Kreise Grevenbroich war der Verwalter Kerfmann im Alter von 78 Jahren gestorben. Er hatte fast 50 Jahre im Dienste der fürstlichen Familie gestanden. In der in den Zeitungen erlassenen Todesanzeige rühmt ihm Fürst Salm eine „rastlose, aufopfernde Tätigkeit“ nach; für das Schloß Dyck habe er „bis zulezt Schlaf und Gesundheit geopfert“. Dann hieß es in der Todesanzeige weiter: „Wenn heute, im Zeitalter des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit, wo jeder Herr sein will und aufopferung ein leeres Wort geworden ist, manches Auge bange in die Zukunft blickt, in die Zukunft der eigenen Familie und des Vaterlandes, so schlägt das Herz wieder hoffnungsfreudiger bei dem Gedanken an das mächtig wirkende Beispiel solcher Männer, die nur Arbeit, Treue und Selbstvergeffen gekannt.“

Dieser Stoßseufzer eines gequälten Junkerherzens wird verständlich, wenn man erfährt, daß kurze Zeit vorher auf dem Besitztum des feudalen Schloßherrn ein Landarbeiterstreik ausgebrochen war. Die Gutsherrigen der Herrschaft Dyck wollten in unverzeihlicher Verblendung nicht mehr für einen Tagelohn von 1,30 Mk. im Winter und 1,50 Mk. im Sommer vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht schauzen; sie verlangten, daß von ihnen nicht nur „Arbeit, Treue und Selbstvergeffen“ gefordert, sondern auch ein zum notdürftigsten Leben ausreichender Lohn gezahlt werde. Diese freche Zumutung war dem frommen Fürsten so auf die Nerven gefallen, daß er mit seinem Takt den Tod seines alten Verwalters als passende Gelegenheit benutzte, um seinem „vom Zeitalter des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit“ bedrängten Herzen Luft zu machen.“

Ueberhand Achtung vor den christlichen Gewerkschaftsführern, die einem solchen Manne die Arbeiterwähler zutreiben müssen. Aber nicht nur diese, sondern auch noch andere Aufgaben haben sie zur höheren Ehre der Zentrumsparthei zu erfüllen. Sie haben die christlichen Arbeiter zur „kritischsten Neutralität“ auch dann zu erziehen, wenn ihre ureigensten Interessen dabei unter den Augen kommen, ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Daher heißt es im Programm der christlichen Gewerkschaften: „Fragen der allgemeinen Politik... die allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung als solcher nichts zu tun. Sie gehen den Arbeiter nicht als sogenannten Verkäufer seiner Arbeitskraft, also

nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an." Wie verlogen eine derartige Behauptung ist, wird trefflich durch den Jahresbericht 1908 der Handelskammer zu Hanau illustriert, in dem es u. a. heißt:

"In der Fabrikation von Eis für Schmuckwaren und Uhren verlief das Geschäft sehr ruhig. Während eines großen Teils des Jahres konnten die Arbeiter nicht voll beschäftigt werden, insbesondere in den Sommermonaten; um keine Entlassungen vornehmen zu müssen, ließen die Fabriken auf Vorrat arbeiten, soweit der Artikel dies zuläßt. Das Exportgeschäft geht ebenfalls stark zurück. Infolge der hohen Eingangszölle in den Vereinigten Staaten und in Kanada ist die Ausfuhr nach diesen Ländern fast unmöglich geworden.

Allgemeine Lohnerhöhungen wie in den Vorjahren konnten nicht eintreten in Anbetracht der ungünstigen Geschäftslage; nur einzelnen Arbeitern wurde der Lohn in beschränktem Maße aufgebessert."

Woher kommen die hohen Eingangszölle in den Vereinigten Staaten und in Kanada? Sie sind Kampfschilde gegen die von der Zentrumsparterie mit geschaffenen deutschen Hochschutzzölle, die, wie ersichtlich, den Arbeitern die Erwerbsmöglichkeit verkümmern und ihnen obendrein die notwendigsten Lebensbedarfsartikel sehr verteuern. Aber nach der M.-Maddbacher Zentrumsgelehrtenweisheit geht dem Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft eine solche schädigende Politik nichts an! Das ist die berühmte "weiße Salbe", die den christlichen Arbeitern in die Augen geschmiert wird, damit sie nicht sehen, daß ihre wirklichen Freunde in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie sind.

Wie würdelos die christlichen Gewerkschaftsführer vor den Zentrumsführern und den Bischöfen auch in gewerkschaftlichen Dingen zu Kreuze kriechen, bewies Herr Mathias Schiffer, Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, Mitglied im Ausschuß des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und einer der "Rebellen" auf der Tagung der christlichen Internationale zu Zürich. In der "Kölnischen Volkszeitung" Nr. 923 vom vorigen Jahre veröffentlicht er eine Abbitte, worin es heißt: "Die betreffende Debatte war eigentlich nur für den internen Kreis der Versammelten, durchaus nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt; hätte ich eine Ahnung von dieser Art der öffentlichen Verbreitung der Diskussion gehabt, so würde die Debatte bestimmt in anderen Formen gehalten worden sein. Die Veröffentlichung ist ohne meine Kenntnis und gegen meinen Wunsch erfolgt. In mehreren großen auch in der Tagespresse besprochenen Versammlungen nach der Züricher Tagung habe ich anstandslos die in der Form zu weit gehenden Äußerungen einiger Redner (auch meine eigene scharfe Bemerkung) bedauert. Wenn ich dem noch hinzufüge, daß auch bei einem Teil der hochwürdigsten Herren Bischöfe, z. B. beim Herrn Kardinal Dr. Fischer in Köln und beim Herrn Erzbischof van de Wetering in Utrecht eine angemessene Entschuldigung erfolgt ist, dann darf gleichzeitige wohl auch die Erwartung ausgesprochen werden, daß endlich die ungerechte Würdigung des an sich bedauerlichen Züricher Vorfalles ein Ende nimmt."

Und da rede noch einer von "frecher Verleumdung", wenn wir die christlichen Gewerkschaften als Zentrumsgegewerkschaften bezeichnen!

### Ministerstürzer, Arbeiterschutz und Zentrumsgegewerkschaften der Bergarbeiter.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. David machte im Reichstage sensationelle Enthüllungen über eine vertrauliche "Besprechung der Bergbauvereine über Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes". Inzwischen ist auch ein stenographischer Bericht über jene Besprechung in unsere Hände gelangt, aus dem mit erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, daß die preussischen Minister eigentlich nicht Minister Seiner Majestät des Königs, sondern der Herrenmenschen im Bergbau, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes sind.

Trotz Maddob keine von den Arbeitern gewählten staatlich angestellten Grubentontrollleure, sondern "Sicherheitsmänner", die man zu jeder Zeit maßregeln kann, so wollen es die Grubenherrn. Ueber seine Erfahrungen mit diesen "Sicherheitsmännern", d. h. nach in Ar-

beitsverhältnis befindlichen Grubentontrollleuren, sagte der berückichtigte Bergrat Hilger:

"Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrollleure genau das gefehlt haben, was wir uns von ihnen verprochen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein, und es ist auch weiße Salbe geblieben.

Wie die Verhältnisse in Saarbrücken lagen, hatte jeder Bergwerksdirektor genau den Arbeiterausschuß, den er verdient. Wenn er sich darum kümmerte, konnte er die Leute hineinwählen lassen, die ihm paßten, und wenn ihm welche nicht paßten, dann konnte er sie einfach in eine andere Steigerabteilung verlegen. Dann konnte wenigstens immer nur einer wiedergewählt werden, denn jede Steigerabteilung kann nur einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte wählen, und wenn sie zehn solcher Leute hatten, die ihnen nicht paßten, konnten sie den ganzen Arbeiterausschuß in eine einzige Steigerabteilung zusammenlegen, dann war von den ganzen Leuten nur ein einziger wählbar. Das waren Sachen, die man in Saarbrücken ohne Schwierigkeiten machen konnte.

Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Aberglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen ins Fahrbuch eingeschrieben worden ist: "Alles in Ordnung befunden."

Ihren Willen, den Bergarbeiterschutz zu vereiteln, wollen die Herren unter allen Umständen durchsetzen, sollte es auch über Ministerleiden gehen. Wie das gemacht werden soll, wurde von dem Geheimrat Uthemann, früher Ministerialdirektor, jetzt Direktor der Giesche-Grube, die in jüngster Zeit ihre Angestellten wegen Zuehörigkeit zum "Bund der technisch-industriellen Beamten" maßregelte, mit wünschenswerter Deutlichkeit ausgeführt:

Herr Geheimrat Uthemann rief aus: "Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer ganz kraß nein zu sagen, sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkte offen zu erklären: Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drüben Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Überzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhaus sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen verdienst, und hilf uns."

Nochmals wird angeregt, nicht ins Ministerium zu gehen, weil "die beiden Sozialdemokraten" (Jungesblut und — Schäfer! Letzterer ist Mitglied des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter) auch dort sind. Da steht Herr Dr. Weidmann, der Vorsitzende des Allgemeinen Knappschäftsvereins, auf und teilt aus einem Briefe mit, die "beiden Sozialdemokraten" seien nicht direkt vom Minister geladen, sondern ausgewählt vom Knappschäftsvorstande, also nicht einmal die offiziellen Vertreter ihrer Organisationen.

Aber es raft der See und will sein Opfer haben! Herr Geheimrat Uthemann springt auf und sagt:

"Ich meine, jetzt hätten wir auch eine taktische Handhabe gegen den Handelsminister, wie wir sie besser garnicht haben können. Denken Sie einmal nach: Wenn heute hier die Vertreter der gesamten preussischen Bergwerksdistrikte erklären, wir gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium, weil uns heute abend bekannt geworden ist, daß der preussische Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnten wir es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeißen wir die ganze Geschichte. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe gegeben, mit dem Gesetz zugleich den Minister, der Arm in Arm mit der Sozialdemokratie ein solches Gesetz präsentiert, zu beseitigen. Gerade aus dieser Erwägung möchte ich bitten, das zu tun. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer

wieder das Rückgrat steifen, indem wir tren und fest auf unseren Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird das Blättchen sich schließlich doch zu unseren Gunsten wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Uebergang begriffen."

Der Zentrumsgegewerkschaften der Bergarbeiter erleidet durch diese Verhandlungen einen bösen, aber wohlverdienten Krampf. Er trat früher gleichfalls für staatlich angestellte Arbeiterkontrollleure ein. Der 1905 abgehaltene Preussische Bergarbeitertag nahm einstimmig eine von Kühme, dem 2. Vorsitzenden des "Christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergleute", vorgeschlagene Resolution an, die von den Bergleuten freigewählte, vom Staate besoldete Grubentontrollleure fordert. Demselben Antrag stimmten die Gewerkschaftsbelegierten Effert, Imbusch und Steeger auf den internationalen Bergarbeiterkongressen in London 1906 und Salzburg 1907 zu. Am 16. und 17. Februar 1909 aber erklärte sich der Zentrumsabgeordnete im preussischen Landtag, Gewerkschaftssekretär Imbusch, dankbar dafür, "daß die königliche Staatsregierung uns jetzt schon Gelegenheit gibt, über eine Verbesserung und Ausgestaltung unseres Bergarbeiterschutzes zu beraten."

In der diesbezüglichen Vorlage werden aber nur die sogenannten "Sicherheitsmänner" nach dem Herzen des Herrn Hilger in Aussicht gestellt. Diese veränderte Stellungnahme des Zentrumsgegewerkschaftsvereins ist auf den Einfluß der dem Zentrum angehörigen Grubenbesitzer zurückzuführen. Auf ihr Geheiß wurden die christlichen "Arbeiterführer" zurückgepiffen und durften sich auch nicht an dem letzten allgemeinen Bergarbeiterkongress beteiligen.

Denn Zentrumsinteressen gehen allewege über Arbeiterinteressen in den christlichen Gewerkschaften!

### Korrespondenzen.

Gesperert ist die Firma Karl Focke in Hildesheim.

Gesperert ist: Aachen. Zugung ist fernzuhalten von Köln. Gesperert ist die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuziehen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Basel. Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme nach Basel (Firma Focke) Erkundigungen beim Vorstand der Sektion, Kollegen Otto Kahr, Dettlingerstraße, einzuziehen.

Berlin. Am 25. März d. J. fand die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung in Kellers Festsaal statt. Der Besuch war reichlich, zirka 450 Personen waren anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende bekannt, daß "Sachses Wellenbad" wieder Karten zu ermäßigten Preisen an die organisierte Arbeitererschaft für die kommende Sommeraison abgibt. Zum Punkt 1 der Tagesordnung: Aenderung des Ortsstatuts, führt Klar aus, daß es notwendig sei, den § 2 desselben zu erweitern und den Abs. g im § 8 zu streichen. Nach der jetzigen Fassung hätten die Funktionäre der Branchen, Agitations- und Tarifkommissionen nur beratende, nicht aber beschließende Stimme. Diesen Zustand wollen die betreffenden Kommissionen geändert wissen, um zu verhindern, daß die Ortsverwaltung event. gefasste Beschlüsse bezw. Wünsche dieser erweiterten Stellungen wieder über den Hausen werfen kann. Außerdem sei es nur demokratisch gehandelt, den Preis der beschließenden Funktionäre in wichtigen Angelegenheiten zu erweitern. Nach kurzer Debatte beschließt die Versammlung dementsprechend. Der Absatz g im § 8 des Ortsstatuts fällt also weg, während § 2 folgende Fassung erhält:

§ 2. Zur Beratung besonders wichtiger Angelegenheiten sowie zur Schlichtung von Streitigkeiten unter den einzelnen Verwaltungspersonen sind kombinierte Verwaltungssitzungen einzuberufen.

Leitere bestehen aus der Ortsverwaltung, den Revisoren, den Delegierten zur Gewerkschaftskommission, den Arbeitnehmerschutzvertretern im Kuratorium für den Arbeitsnachweis und den Mitgliedern der Agitations, Tarif- bezw.

Schlichtungskommissionen sowie der Rechtsschutzkommission und des Gesellenauschusses.

Punkt 2 betrifft die Wahl der Arbeitnehmervertreter ins Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises. Würzberger empfiehlt im Auftrag der kombinierten Verwaltungsführung die unten bezeichneten Personen. Wytomski bedauert, daß zu diesem Punkt seitens der Verwaltung kein Referent bestimmt sei. Es werden seitens der Versammlung noch eine ganze Anzahl Personen in Vorschlag gebracht. Bei der Zettelwahl wird folgendes Resultat erzielt: Als ordentliche Vertreter werden gewählt der Kollege Eugen Brückner (266), Kollegin Pauline Gieber (233), die Kollegen Paul Schade (224), Otto Wienide (202) und Karl Klappenbach (194 Stimmen). Als Stellvertreter mit beratender Stimme die Kollegen Wilhelm Garber (250), Richard Dähne (239), Robert Gerber (238), Georg Leufsch (221) und Leopold Jünemann (219 Stimmen). Punkt 3 betrifft die eventl. Erhöhung des Lokalbeitrages und gleichzeitige Erhöhung des lokalen Zuschlages zur Arbeitslosenunterstützung. Rüger als Referent hierzu führt aus, daß es wohl bei der übergroßen Mehrzahl der Berliner Mitglieder keinen Zweifel gebe, daß die jetzt in Berlin bis zum 1. April d. J. beschlossene obligatorische Extrasteuer „zugunsten der Zentralkasse“ bis zum nächsten Verbandstag bestehen bleiben muß. Selbstverständlich muß dieser Ertrag der Zentralkasse unverkürzt zugeführt werden. Es sei jedem einsichtigen Mitgliede klar, daß nur eine gut fundierte Zentralkasse dem sich immer enger zusammenschließenden Unternehmertum imponieren kann. Kein Mitglied wird voraussagen können, ob die in den vorgenannten Nebenbranchen in den nächsten Jahren bevorstehenden Lohnbewegungen sowohl, als auch der Tarifablauf in der Mutterbranche am 1. Juli 1911 ohne Kämpfe abgehen werden. Alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß auch unser Unternehmertum immer mehr vom schärfmaderischen Geiste befeuert wird. Darum muß das Lösungswort sein: Schafft Punitiv für die Zentralkasse. Wenn nun aber außerdem noch der Lokalbeitrag erhöht werden soll, sei es auch nur für männliche Mitglieder, um den Arbeitslosenzuschuß erhöhen zu können, so müsse er sich im jetzigen Moment dagegen wenden. Wenn dies beschlossene würde, so können die Arbeitslosen wieder ¼ Jahr warten, ehe eine eventl. Verlängerung des Arbeitslosenzuschusses auf die Tagesordnung komme. Der Verbandsvorstand sei gar nicht imstande, eine derartige weitere Erhöhung des Lokalbeitrages zu genehmigen, will er sich nicht ins eigene Fleisch schneiden. Anzweifelhaft würde die Einnahme der Extrasteuer dadurch geschädigt. Weder ersucht, die weitere Erhöhung des Lokalbeitrages vorläufig abzulehnen. Trotzdem sei es möglich, den Arbeitslosen Entgegenkommen zu zeigen, indem man den Arbeitslosenzuschuß nicht wie bisher auf 30 Tage bemisst, sondern auf 70 Tage verlängert. Die Lokalkasse mache jährlich zehn- bis elftausend Mark Uebererschuß, wenn man vom letzten Jahre absieht. In diesem sind allein rund elftausend Mark einmalige Ausgaben gemacht worden. Trotzdem wurde noch ein Uebererschuß der Lokalkasse von 4000 Mk. erzielt. Die Verlängerung des Lokalzuschlages bis 70 resp. 40 Tage bedinge jährlich eine Mehrausgabe von 4000-4500 Mk., so daß immer noch ein Uebererschuß von zirka 6500 Mk. verbleibe. Da der Kassenbestand momentan 45 000 Mk. betrage, so sei dieser jährliche Uebererschuß immer noch beachtenswert, während man auf der anderen Seite dem ärmsten unserer Mitglieder immerhin etwas bieten könne. Seinen dahingehenden persönlichen Antrag habe sich die letzte kombinierte Verwaltungsführung zu eigen gemacht, und empfehle er deshalb im Namen derselben folgenden Antrag anzunehmen:

„1. Allen bezugsberechtigten arbeitslosen Mitgliedern wird vom 1. April d. J. ab der Lokalzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer der Zentralunterstützung verlängert. Je nach Beitrags- und Unterstützungsstufe. 2. Die zum 1. April im Bezug stehenden Mitglieder treten sofort in diese Vergünstigung ein. 3. Erneuter Lokalzuschlag wird erst nach 52 geleisteten Wochenbeiträgen — in der gleichen Höhe und der gleichen Dauer — gewährt.“

Zu der nun folgenden sehr lebhaften Debatte sprechen die Kollegen Hauwien, Marxuse und Kloth im Sinne Rügers, während Wytomski und Lange noch weiter gehen wollen, allerdings bei Erhöhung der Beiträge. Der Antrag wird schließlich in obiger Fassung angenommen, mit Ausnahme des Absatzes 2. Hierzu stellt Marxuse den Antrag, die Verlängerung sofort in Kraft treten zu lassen. Derselbe wird einstimmig angenommen. Ein Antrag Wytomskis, die Erhöhung des Lokalbeitrages für männliche Mitglieder um 5 Pf. pro Woche vorzunehmen und den Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung auf 25 bezw. 50 Pf. pro Tag auf die Dauer der Zentralunterstützung festzulegen, wird mit 188 gegen 109 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Rügers, die obligatorische Erhebung von 10 resp. 5 Pf. pro Woche Extrasteuer

bis zum nächsten Verbandstag betreffend, wird gegen 6 Stimmen angenommen. Demnach beträgt der Beitrag in Berlin für Mitglieder der 1. Klasse 30 Pf., in der 2. Klasse 40 Pf., in der 3. Klasse 70 Pf. und in der 4. Klasse 80 Pf.

Anschließend hieran entspann sich eine lebhafteste Debatte über die in Berlin seitens der Buchbinderbranche gegründete „Arbeitslosenzuschußkasse für Buchbinder und verwandten Berufe“. Es schien, als wenn die alte Streitigkeit wieder herbeigeholt werden sollte. Nach einstündiger, zum Teil persönlich werdender Debatte wurde eine Resolution Hauwien's angenommen, welche besagt, daß sich die Ortsverwaltung Berlin mit dem Vorstand der Unterstützungsstelle in Verbindung setzen soll, zwecks Vermittlung mit der Lokalkasse, um dadurch allen Mitgliedern, ganz gleich welcher Branche, einen erhöhten obligatorischen Lokalzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung zuführen zu können.

Im Punkt 3 der Tagesordnung kamen Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes zur Sprache. Ein Antrag der Delegierten aus der Buchbinderbranche, eine Rechnung von 20 Mk. für die Vorwärtsdruckerei zu bewilligen, welche von der Verwaltung wiederholt abgelehnt wurde, erlag auch seitens der Versammlung der Ablehnung. Es ist dies eine Rechnung für ein Flugblatt, welches eine Einladung zur Branchenversammlung der Buchbinder enthält. Auf demselben stand als Tagesordnung: 1. Gründung eines Buchbinderschaftvereins für die Buchbinderbranche Berlins; 2. Wahl eines Vorstehers in die Verwaltung; 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ein weiterer Antrag des Kollegen Marxuse: Die lebigen Kollegen beim Bezug der Extrainterstützung vom heutigen Tage an mit den Verheirateten gleichzustellen, findet nach kurzer Debatte Annahme. Demnach bekommen alle noch bezugsberechtigten Kollegen zweimal 10 Mk., die Kolleginnen zweimal 5 Mk.

Kollegin Kzemin beschwert sich, daß einer Kollegin die Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde. Des weitern, daß Kollege Rüger auf dem Arbeitsnachweis zu scharfer Kontrolle gegenüber den Falgerinnen vornehme. Es entspinnt sich eine lebhafteste Debatte hierüber, in welcher die Kollegin Gieber das Vorgehen des Arbeitsvermittlers billigt. Rüger führt aus, daß die Entziehung der Unterstützung erfolgt sei, weil die betreffende Kollegin, trotz eines Verdienstes von 20-21 Mk. pro Woche, die Stellung wieder aufgegeben hat und dann zu ihrer Rechtfertigung ganz nichtige Gründe vortrug. Die Ortsverwaltung hat sich in drei Sitzungen damit beschäftigt müssen und hat jedesmal den Vermittler recht geben müssen, ebenso auf eingelegte Beschwerden der Verbandsvorstand. Nur in der Art der Verwarnung gegenüber der betreffenden Kollegin, erklärte letzterer, sei nicht genau nach dem Wortlaut des Statuts verfahren worden. Bezieht sich der anderen Beschwerden wurde auch da dem Vermittler recht gegeben, denn wenn tariflich bezahlte Stellen vorhanden seien, müßten dieselben auch von den arbeitslosen Falgerinnen besetzt werden. Wir müssen uns sonst gefallen lassen, daß immer mehr indifferente Kolleginnen dem Gewerbe zugeführt werden, während die Arbeitslosenunterstützung ins ungeheure wächst. Die lebhaften Zustimmungsrufe seitens der Versammelten bestätigten das Zutreffende der Ausführungen Rügers. Ein Antrag dazu war nicht gestellt. Im 12½ Uhr erfolgte endlich Schluß der Versammlung.

Berlin. (Luguspapierbranche.) Einen überaus traurigen und beschämenden Abschluß fand unser Vortragshaus, den wir mit den größten Hoffnungen am 27. Januar begannen und wegen zu schwachem Besuch vor den letzten beiden Vorträgen abbrechen mußten. Beschämend allerdings nur für die große Zahl unserer Verbandsglieder, die uns schon wiederholt mit allerlei Liebenswürdigkeiten überhäuft, daß wir für ihre Weiterbildung nichts tun, und nun uns so schmählich im Stiche lassen. Und welche faulen Ausreden bekamen wir, wenn wir diesem oder jenem mal „ans Gewissen tippten“, daß er nicht erschienen sei. Der eine hat es vergessen, der andere verschlafen, wieder anderen war das Thema nicht interessant genug oder sie wußten schon alles, was bei dem Thema gesagt werden konnte. Besonders bei den Vorträgen Hauwien's waren es mehrere, die das große Wort gelassen aussprachen: „Das wissen wir ja doch schon alles!“ Ach, diese geistreichen Leute! Dabei verdient gerade der zweite so vorzügliche Vortrag Hauwien's manchen dieser hochachtbaren Kollegen recht laut und eindringlich in die Ohren gepredigt zu werden. Sogar unter den 29, die noch zum letzten Vortrag erschienen waren, befanden sich noch 9, welche entweder einen oder den anderen oder auch beide Vorträge Hauwien's geschwänzt hatten.

Die einleitenden beiden Vorträge des Genossen Ed. Bernstein über: „Die realen und theoretischen

Grundlagen“ sowie: „Die Formen und das Wirken der modernen Arbeiterbewegung“ erfreuten sich allerdings eines recht guten Besuches. Aber selbst hier schienen manche mehr um die Person als der Vorträge wegen erschienen zu sein; denn wir sahen ein paar Helden, die tapfer fast den ganzen Vortrag über den Schlaf des Gerechten schiefen. Und doch waren gerade diese Vorträge so überaus belehrend, fesselnd und anregend, daß wir stolz darauf sein konnten, unseren Kollegen solche Vorträge geboten zu haben. War die Teilnehmerzahl hier zirka 100, darunter 17 weibliche, so fiel sie an den folgenden Abenden schon auf knapp die Hälfte herab.

Nach Hauwien sprach dann Brückner über: „Die Arbeiterversicherung“. Ist das Lehren kalter Gesetzesparagrafen zwar meistens eine undankbare Aufgabe, so ist die Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen gerade der Arbeiter-Versicherungs-Gesetze für jeden Arbeiter von größter Bedeutung. Leider ist es aber nur zu wahr, was Brückner zu Anfang seiner Vorträge betont: daß die meisten sich dann erst dann bequemen die notwendigen Gesetzesvorschriften kennen zu lernen, wenn es zu spät ist und sie sich durch Nichtkenntnis derselben oft nicht wieder gut zu machenden Schäden zugefügt haben. Und doch verstand es Kollege Brückner auch diese trodenen Themen recht interessant und fesselnd zu gestalten. Waren bei Hauwien's Vorträgen uns die Arbeitslosenzahlungen der Gewerkschaften leider föhrend zwischen gekommen und dadurch eine ziemliche Bummellei eingegriffen, so konnte Brückner ungestört sich seiner Aufgabe erledigen. Dem nächsten Referenten, Genossen Ritter, machte indessen der Landfriedensbruchprozeß gegen die angeklagten Demonstranten der Arbeitslosenversammlungen einen Strich durch die Rechnung, da er bis in die Nacht hinein beim Prozeß anwesend sein mußte und infolgedessen der Vortrag ausfiel. Diesem Umstand mag es wohl auch hauptsächlich zuzuschreiben sein, daß am nächsten Vortragsabend nicht einmal mehr 30 Personen anwesend waren. Die Erschienenen schlossen sich deshalb der Anregung der Branchenleitung an, die Vorträge ganz abubrechen und in einer nach Ostern stattfindenden Branchenversammlung Genossen Ritter Gelegenheit zu geben, vor einem größeren Kreise seine Ausführungen über den gewerblichen Arbeitsvertrag zu machen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Bädermeisterliche „Konsequenz“. In der „Deutschen Bäder- und Konditor-Zeitung“, Organ des Zentralverbandes deutscher Bäderinnungen, wird eine Eingabe an den Reichstag und Bundesrat seitens des genannten Zentralverbandes veröffentlicht, die eine „Bitte um Abhilfe der durch die Konsumvereine verursachten Schäden“ enthält. Und gleich daneben prangt eine Aufforderung der „Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft der Bäderinnung Stuttgart“ zum gemeinsamen Eierbezug. Das nennt man Konsequenz: Für die Herren Bädermeister Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, aber für die Arbeiter am liebsten Verbot ihrer Genossenschaften.

Rebellenische Erscheinungen. Jüngst ging eine Notiz durch einen Teil der Gewerkschaftspresse, wonach der Sekretär des Verbandes württembergischer Konsumvereine, Herr Feuerstein, in einer Generalversammlung des Stuttgarter Konsumvereins über die „systematische Verhegung“ des Bäderverbandes getwittert hätte, und zwar unter Verwendung eines unterschobenen Flugblattes, das vom Bäderverbande gegen den Konsumverein herausgegeben sein sollte, was sich aber als unwar erwie, so daß Herr Feuerstein mit seiner Behauptung köse hereinfiel.

Nun soll ja nicht bestritten werden, daß von den in Betracht kommenden Genossenschaftsangehörigen zumeilen Forderungen an die Konsumvereine gestellt werden, die von diesen nicht erfüllt werden können. Beispielsweise hatten sich in Magdeburg sogar vor einigen Jahren die Konsumvereinsbäder vom Zentralverband abgesplittert, um eine besondere Organisation der Konsumvereinsbäder zu gründen.

Alein man soll nicht nur gegen die „Begehrlichkeit“ der unteren Schichten der Angestellten in Konsumvereinen vom Leder ziehen, sondern vielmehr den Blick nach „oben“ wenden, wo die Gehälter immer höher werden. Wenn z. B. die leitenden Herren in der Großeinkaufsgesellschaft schon Gehälter bis zu 12 000 Mk. pro Jahr beziehen, angeblich deshalb, weil sie doch die Gesellschaft genügend „repräsentieren“ müßten, so gefallen uns solche Erscheinungen durchaus nicht. Wir meinen, eine zum größten Teil aus Arbeitern bestehende Genossenschaft kann gar nicht würdiger repräsentiert werden, als wenn deren Leiter ihre Herkunft aus dem Arbeiterstande nicht vergessen und immer bedenken, daß die hohen Gehälter von armen Arbeitern letzten Endes gezahlt werden müssen. Es geht nicht auf die Dauer an: den Mitgliedern den Verzicht auf hohe

Dividenden im Interesse der Genossenschaft zu empfangen, hohe Gehälter und Nebeneinkommen aber feilenruhig einzustufen. Dabei schägen wir die Fähigkeiten, welche die leitenden Personen in der Genossenschaftsbewegung notwendigerweise besitzen müssen, durchaus nicht gering ein, meinen aber, daß die von Jahr zu Jahr wachsenden Umsätze der Groß-einkaufsgesellschaft durchaus nicht das persönliche Verdienst der leitenden Personen allein sind, sondern das die propagierenden und konsumierenden Mitglieder mit einem vollgerüsteten Maß daran teilhaben.

Wenn der Vorsitzende der Generalkommission mit einem Jahresgehalt von 3750 M. sich bescheiden und damit die doch sicher in ihrer Bedeutung nicht hinter die Genossenschaftsbewegung zurückstehende deutsche Gewerkschaftsbewegung „repräsentieren“ muß, braucht man auch in der G.-G.-G. nicht mehr als das Dreifache an Gehältern zu zahlen. Kommt man mit dem Einwand: man müsse hohe Gehälter zahlen, damit die bürgerlichen Unternehmungen nicht die besten Kräfte wegfangen, so erschüttert auch das unsere Ansicht nicht. Dies werden wir auch bei hohen Gehältern nicht verhindern können, wie das Beispiel des Herrn Sell beweist, der sich — gleich den hohen Ministerialbeamten von den Grubenlöhnen — von einem großen Margarinefabrikanten für 25 000 M. Jahreslohn „austauscht“ — so lautet ja der technische Ausdruck hierfür — ließ.

Wehe der Genossenschaftsbewegung, deren Leiter nur durch bourgeoise Gehälter an sie zu fesseln sind. Zu guter Letzt möchten wir noch bemerken, daß ein langjähriges Mitglied, das in der Genossenschaftsbewegung mit 4000 M. Gehalt angestellt ist, aus unserem Verbandsrat, weil ihm neben den Beiträgen an den Handlungsgehilfenverband die Beitragszahlung angeblich zu schwer wurde. Sapientia sat! (Dem Weisen genügt's!)

**Rundschau.**

Der Kollege Hans Schmidt in Hamburg beging am 4. April sein 50jähriges Berufsjubiläum. Der Jubilar erfreut sich trotz seiner 65 Jahre noch der vollsten Rüstigkeit und verfügt über einen guten Humor. Charakteristisch ist, daß der alte Hans trotz seines 40jährigen Aufenthalts in Hamburg die Sprache seines bayerischen Heimatlandes nicht verlernt hat. Viele Kollegen werden sich seiner mit derbehräftigen Wendungen gespidten und in unbefähigtem bayerischen Dialekt gehaltenen Reden noch gut und gern erinnern. In unserer Organisation und in der Partei stand Hans Schmidt eine Reihe von Jahren an tätiger Stelle, und so blieb es denn nicht aus, daß eine Anzahl Freunde des Jubilars gedachten. Insbesondere wollen wir hervorheben, daß auch die Geschäftsleitung von Auer u. Co. durch eine ansehnliche Gratifikation und Erteilung eines Erholungsurlaubes von 4 Wochen ihren alten Mitarbeiter erfreute.

Aus der Geschäftspraxis des Herrn Emil Jaenke. Dieser Herr ist den Lesern der „Buchbinder-Zeitung“ kein Unbekannter mehr. Vor 1906 Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in einem Vorort Berlins, dann Arbeitswilliger bei der Firma Weisstein-Berlin während der Absperrung 1906 und darauf Werkführer bei der Firma Mohr u. Weber in Frankfurt a. M., wo er aber am 13. Oktober 1908 Knall und Fall entlassen wurde, weil das empörte Personal, mit dem er glaubte Schindluder spielen zu können, seine sofortige Entlassung verlangte und auch durchsetzte, da die Firmeninhaber selbst einsahen, daß mit einem solchen Mann kein Staat zu machen sei.

Nun ist er seit längerer Zeit wieder in Berlin aufgetaucht. Zuerst als Werkführer und Meißender einer sogenannten „Großbuchbinderei“, die aber inzwischen Pleite gegangen ist, trotz der hervorragenden Befähigung des Herrn Jaenke, ein Geschäft „rentabel“ zu machen. Als diese „Großbuchbinderei“ schon auf der Spitze stand, suchte Herr Jaenke für dieselbe einen Käufer. An einen Reklamanten schrieb nun Jaenke einen Brief, aus dem wir folgende charakteristische Stellen der Mitwelt nicht vor-enthalten wollen:

„Es handelt sich um eine bestehende Großbuchbinderei mit einem Inventarwert von 20 000 M. Zur Uebernahme sind 5000 M. erforderlich. Bei der vorhandenen Einrichtung lassen sich mit Leichtigkeit 80—100 000 M. Umsatz erzielen. Was hier verdient werden kann, hängt ganz von den Inhabern ab, d. h. davon, mit wieviel Gespen diesen Berlin arbeiten. An Arbeiten fehlt es in Berlin nicht, auch braucht man nicht der Billigste zu sein. Ich besitze genügend Verbindungen und bin in der Lage, genügend Aufträge beizubringen, zu Preisen von Herstellungskosten plus 50 Proz., welcher Preis hier ortsüblich ist. Für nächstes Jahr liegt ein Teil Aufträge bereits vor, und habe

ich, als bisheriger Meißender der Firma, einen großen Teil Orders in Bearbeitung, von denen ein beträchtlicher Teil zum Abschluß kommen dürfte. Bemerkten möchte ich noch, daß ich als gelernter Buchbinder, langjähriger Werkmeister und Geschäftsführer großer Buchbindereien mit bestem Erfolg tätig war.“

Wir gestatten uns, hinter das Selbstlob des Herrn Jaenke ein großes Fragezeichen zu machen. Der Reklamant, an den dieser Brief gerichtet war, wurde rechtzeitig unterrichtet, was Herr Jaenke für ein Vogel sei, und hörte er daher auch nicht auf die süßen Lockrufe. Wir fragen zum Schluß: Warum sucht Herr Jaenke bei 50 Proz. Bruttogewinn die tarifmäßigen Löhne zu drücken?

Die realen Firmen aber werden uns wahrscheinlich dafür dankbar sein, wenn wir die Geschäftspraxis des Herrn Jaenke, der jetzt der Firma Mostat-Berlin seine schätzbaren Dienste weicht, etwas beleuchtet haben. Wir können noch mit mehr dienen. Auch die Werkführer dürften im Allgemeinen auf ihren „Kollegen“ Jaenke nicht besonders stolz sein.

Wie der christliche graphische Verband Lohnbewegungen „aus eigener Kraft“ führt. Während das Organ des „maßgebenden“ christlichen graphischen Verbandes von den „Selbentaten“ seiner Mitglieder in Aachen zu singen und zu sagen mußte, ist über die „Lohnbewegung“ in M.-Gladbach nur spärlich berichtet worden. Einfach deswegen, weil von einer Lohnbewegung fast nichts zu spüren und daher auch nichts zu berichten war. Ja, wie Herr Jean Wolf, der Führer der Düsseldorf Buchbindermeister sogar noch Ende November 1908 für Ehrenwort erklären konnte, sei den M.-Gladbacher Brinnalen überhaupt kein Tarifentwurf von dem dort allein in Betracht kommenden christlichen Verbandszugegangen. Man magte es von dieser Seite also kaum, Forderungen überhaupt zu stellen. Und das in der Stadt, wo das Gewerkschaftskristentum nicht nur in Reinkultur gezüchtet, sondern auch auf Flaschen gezogen wird, um als wichtiger Exportartikel in alle Lande versandt zu werden. Ohne den Deutschen Buchbinderverband bringt der christlich „graphische“ weder eine Lohnbewegung noch einen Tarif fertig. Doch halt, das ist zuviel behauptet! Haben wir doch schon die glorreichen Lohnbewegungen von Kempten, Donauwörth, Pustet-Regensburg und Dalsbe gesehen. Die waren auch danach — kann man ganz ruhig hinzusetzen.

Ueber den Streik der Pariser Postbeamten sendet uns Kollege Madner folgende Zuschrift: „Paris, den 28. März 1909.“

Im Jahre 1906 fand in Paris ein Streik der Briefträger statt, dessen besondere Merkmale waren, daß sich die übrigen Angestellten ziemlich indifferent verhielten, der Streik aber auf den Verkehr schwer drückte. Der Regierung gelang es damals, die ihr unliebsamen Personen zu entlassen, und glaubte sie sicher, damit der Bewegung den Kopf genommen zu haben, wodurch ähnliches in Zukunft vermieden sei. Jedoch die Behandlung, welche den Angestellten der Post zuteil wurde, steigerte ihre Unzufriedenheit dermaßen, daß die Postbeamten beschloßen, beim Unterstaatssekretär Simyan vorstellig zu werden, um die Abhilfe aller Mißstände zu erreichen. Dieser aber wies bei einer stattgehabten Konferenz die Angestellten brüsk zurück. Darauf manifestierten einige Tausend Postbedienstete vor der Wohnung des Unterstaatssekretärs, worauf eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Situation spitzte sich immer mehr zu, so daß die Postbediensteten am 17. März in den Streik traten. Daß die Schikanen und Infamien den höchsten Grad erreicht hatten, geht daraus hervor, daß sich die Angestellten der beschiedenen Zweige zu einem ganz außerordentlich hohen Prozentsatz am Streik beteiligten. Um nur einen Beweis des von den Behörden beliebten Verfahrens zu geben, sei an folgendes erinnert: Das Avancement konnte nur erfolgen, wenn die Beamten von ihrem Abteilungschef dazu vorgeschlagen wurden. Es ist ganz klar, daß jeder, der sich nur irgend etwas nach Ansicht dieser zuschulden kommen ließe, einfach nicht avancierte. Diesem Streik nun schlossen sich außer den Unterbeamten und dem Arbeitspersonal auch das Fahrpersonal der Bahnen für den Postdienst sowie die Telegraphisten und Telefonistinnen und auch die am Schalterdienste tätigen Beamten und Beamtinnen an. Das Ministerium Clemenceau erließ sofort eine Verfügung, wonach alle Beamten, welche sich nicht sofort zum Dienst zurückmeldeten, ihre Garantien als Beamte verlieren und aus dem Dienste entlassen würden. Auf eine Interpellation in der Kammer brachte das Ministerium eine Mehrheit für sich zustande, wonach es mit aller Schärfe gegen die Streikenden vorgehen konnte. Trotzdem das Ministerium die Zahl der Streikenden auf 1557 herabzog, während die Zahl 8500 vom Streikkomitee festgestellt wurde, konnten doch die Tageszeitungen vom 18. März berichten, daß keine Briefe befördert, keine ausgeliefert waren

und von 100 000 Depeschen nur 2000 für den Durchgang erledigt seien. Ferner war die Telefonverbindung in Paris unterbrochen. Paris hatte also keine Verbindung mehr mit der gesamten übrigen Welt. Die Regierung sah sich genötigt, Militär heranzuziehen, und zwar Gendarmen für den Telegraphen- und Telephonendienst und Infanterie als Ersatz für die Postbeamten. Eine überfüllte Versammlung der Streikenden hatte eine Kommission gewählt, welche mit dem Minister Clemenceau unterhandeln sollte mit der Weisung: der Unterstaatssekretär Simyan müsse entlassen werden und gegen die Postbeamten sei keine Maßregel zu deren Nachteil zu ergreifen. Clemenceau gab dieser Kommission mit auf den Weg, er wolle auf keinen Fall Simyan entlassen, würde aber gegen die Streikenden nicht weiter vorgehen, wenn diese ihren Dienst sofort wieder aufnehmen würden. Daraus erklärte eine Versammlung der Streikenden mit erdrückender Majorität, auf das Angebot Clemenceaus nicht einzugehen und weiter zu streiken. Welche ungeheure Wirkung dieser Streik aber auf Handel und Verkehr hatte, läßt sich kaum schildern, und es hieße den Raum der Zeitung zu sehr in Anspruch nehmen, wollte man das eingehend schildern. Erwähnen will ich nur, daß die Regierung alles zu ihrer Verfügung hatte, was man sich denken konnte: Gendarmen und Infanterie zum Ersatz für die Streikenden, und daß sie durch ihre Poliziere nichts unversucht ließ, die Streikenden zu provozieren, kann man sich denken; auch Militär wurde massenhaft gegen die Streikenden aufgebracht. Und trotzdem war diese Regierung machtlos gegen die 8500 Angestellten. Eine erneute Versammlung der Streikenden fand statt und bestimmte abermals eine Kommission, beim Ministerium vorstellig zu werden. Das Zusammenfallen der Streikenden hatte Wunder bewirkt. Der Ministerpräsident Clemenceau sowie der Minister der öffentlichen Arbeiten, Louis Barthou, dem die Post unterstellt, erklärten, keine Maßregeln gegen die Streikenden zu ergreifen, die vorhandenen Mißstände abzuhelfen, nur den Unterstaatssekretär Simyan nicht sogleich entlassen zu können. Durch die Verhandlungen direkt mit dem Ministerium war Simyan ausgeschaltet worden, und da sich beide Minister im obigen Sinne erklärt hatten, beschloß eine Versammlung, die Arbeit aufzunehmen, die Truppen aber seien sofort zurückzuziehen. Das Ministerium gab dem statt, und am 23. März zogen im imposanten Zuge die Beamten, Herren und Damen, die Streikliste mit einem Blumenstrauß auf der Brust befestigt, in das Hauptpostamt ein.

Der Sieg war erfochten, den Arbeitern der Welt ein Beispiel gegeben von ungeheurer Bedeutung. Darauf veröffentlichte das Streikkomitee ein Plakat, welches den Dank an alle diejenigen enthielt, welche den Streikenden ihre Sympathien entgegengebracht hatten. In diesem Plakat war ein Satz enthalten, der ausdrückte, die Beamten werden in Zukunft Herrn Simyan nicht mehr als Vorgesetzten anerkennen. Das benutzte die Regierung; sie leitete eine Untersuchung ein, und Clemenceau wollte die Schuldigen bestrafen. Am Freitag, den 26. März, brachte man darüber eine Interpellation in der Kammer ein. In dieser lag ein Antrag vor (nicht von Sozialdemokraten eingebracht), der Regierung ein Mißtrauensvotum auszubringen, aber auch zu bestimmen, daß Staatsbeamte nicht streiken dürfen. Weil nun für einen derartigen Antrag die sozialdemokratische Fraktion nicht stimmen konnte, fiel der Antrag.

Die Postbeamten erklärten hierauf, aufs neue den Dienst sofort einzustellen, wenn das Ministerium nicht alles zurücknehme. Die Arbeiter waren bereit, zum erneuten wuchtigeren Kampfe. Das Ministerium begriff die Situation und mußte nachgeben. Am heutigen Tage meldeten die Zeitungen den vollständigen Sieg der Postbeamten. Wahrscheinlich, ein erhebendes Beispiel.

Agriatische Staatsbetrügerei. Professor Hans Delbrück führt im Aprilheft der „Preussischen Jahrbücher“ einige weitere Beispiele dafür an, in welcher unerschämten Weise so manche der „Edelsten“ und „Besten“ den Staat um die Steuer pressen. Interessant sind vornehmlich folgende Fälle: Eine Dame im Osten besitzt ein Gut von weit über eine Million Mark Wert. Sie hat darauf 500 000 M. Hypothekenschulden und bezahlt — sechzig Mark Einkommensteuer. Ein Ziegeleibesitzer in der Provinz Brandenburg erhielt von einer Wolsfahrtsanstalt eine Hypothek, nachdem er eine Jahressumme von 30 000 M. nachgewiesen hatte. Später wurde festgestellt, daß er sein Einkommen bei der Steuererklärung auf 4500 M. angegeben hatte.

Ein Gutbesitzer in Pommern deklarerte 18 M. Ertrag vom Hektar, zog dann seine Schulden ab und hatte dann fast gar keine Steuern zu bezahlen.

Ein Bauer aus demselben Dorfe deklarerte 82 M. vom Hektar. Als ein Mitglied der Veranlagungskommission verwundert fragte: „Ich denke,

der Boden ist dort so miserabel, daß bloß 18 Mt. herauskommen, belehrte ihn die Majorität der Veranlagungskommission, daß dies daher komme, weil bei der Separation die Bauern die fetten Stücke Land bekommen haben, während die Großgrundbesitzer sich mit dem Unland begnügen müßten.

Ein höherer Beamter aus Pommern stellte fest, daß Großgrundbesitzer, die für ihren Hausstand, gesellschaftlichen Aufwand 20 000 Mt. jährlich ausgeben, mit 1500—1800 Mt. jährlichem Einkommen eingeschätzt sind. Bei den Bauern herrscht vielfach die Gewohnheit, als Einkommen den Betrag anzugeben, den sie am Jahresabschluss auf die Sparkasse tragen. — Ein Geistlicher in Thüringen hat festgestellt, daß in einem kleinen Orte dortselbst ein Fabrikarbeiter 1,25 Mt., der reichste Bauer 1,75 Mt. Steuern bezahlt.

Wer in der Veranlagungskommission auf eine scharfe Herangehörung der einzelnen Zensiten dränge, könne sicher sein, das nächste Mal nicht wieder in die Kommission gewählt zu werden.

Eine niedliche Blütenlese. Und zwar handelt es sich nicht um vereinzelte Fälle, sondern die Staatsbemogelei ist bei den Agrariern gewissermaßen das Normale, die Bezahlung des richtigen Steuerfasses eine seltene Ausnahme. So weit reicht nur bei verhältnismäßig wenigen der Patriotismus, dem Staat die richtige Steuersumme zu zahlen. Sie halten vielmehr die Staatsbemogelung für eine ihrer heiligsten Menschenrechte.

Erster Kongreß der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ brachte über diesen Kongreß einen ausführlichen Artikel. Danach hatten die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Ende 1908 89 710 Mitglieder. Unter diesen waren 121 (gegen 100 Ende 1907) Buchbinder in 3 Ortsgruppen gezählt. Man muß diese Zahlen mit Vorsicht genießen; auch „Die Gewerkschaft“, Organ der österreichischen Generalkommission, beleuchtet sie als solche, die kritischen Blicken nicht standhalten. Alle

möglichen Vereine wären einfach in bekannter „christlicher Bahchmittliebe“ als christliche Gewerkschaften reklamiert worden, obgleich sie vielfach nur kirchliche Agitationsvereinigungen seien. Von den „angemeldeten“ 107 Delegierten hätten es nur 77 für nötig erachtet, auch zu kommen. Trotzdem darf man diese Bespitzungsorganisationen nicht außer Acht lassen.

Englische Neuheiten in Kartonagen. Unter diesem Titel bringt die „Kartonagenzeitung“ in ihrer Nummer vom 20. März einen Bericht aus London, der namentlich auch unsere Kollegen vom Kartonagenfach interessieren wird. Er beginnt: „Die Wahrheit des alten Sprichwortes, daß Angebot Nachfrage schafft, wird durch nichts deutlicher bewiesen, als durch das ausnehmend flotte hiesige Geschäft in Luxuskartonagen, das einzig und allein dem Bestreben der Fabrikanten, beständig Neues und Anziehendes zu liefern, zu verdanken ist.“ — Es werden dann verschiedene neue Erzeugnisse der englischen Kartonagenindustrie geschildert, wobei es sich besonders um geschmackvoll und originell ausgestattete Phantasiegeschichten für Toiletten- und Schmuckartikel handelt. — Zu den Einleitungsworten des Berichts wäre zu bemerken, daß allerdings das Angebot geschmackvoller und preiswerter Artikel wohl die Nachfrage, die Kauflust der Händler wie des Publikums hervorruft, daß aber die Zeiten der Krise manchmal das beste Angebot keinen Erfolg hat, weil die Kauflustigen an Geldmangel leiden. Das gilt vor allem für die Luxusindustrien, soweit sie auf Massenabsatz angewiesen sind. Andererseits ist es die wichtigste Aufgabe der Fabrikanten, entweder selbst Neues und Geschmackvolles zu erfinden, oder Leute heranzuziehen, die dazu imstande sind. Ein kluger Fabrikant wird dabei nicht übersehen, daß es auch unter den Arbeitern Leute gibt, die Erfindungsgabe genug besitzen, um sich neben ihrer alltäglichen Arbeit auch in solcher Weise der Industrie nützlich zu machen.

Etuisarbeiter und Arbeiterinnen!

Vom 15. April ab lautet die Adresse des Zentralarbeitsnachweises und der Zentralkommission Deutschlands: R. Wendt, Tempelhof bei Berlin, Borussiastraße 7.

Briefkasten.

J. Z. in R. Sie schreiben: „Auf eine Fehde in der „Buchbinder-Zeitung“ gehen wir nicht ein“ — wollen es aber trotzdem tun. Da wir aber Ihre erstere Absicht für besser halten, unterbleibt der Abdruck, da ohne Zweifel sonst eine unerquickliche Zeitungsfehde herbeigeführt würde.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der zerfallende Bloß. — Setze oder Massenpartei? Von R. Kautsch. — Die Organisationskrise der französischen Gewerkschaften. Von Josef Steiner (Paris). — Die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich. Von Adelsheid Popp (Wien). — Literarische Rundschau: Madan Georgemisch. Die serbische Frage. Von R. K. Dr. E. Philippovich, Grundriß der politischen Oekonomie. Von M. R. Dr. jur. Fritz Bödel, Alkoholismus und Recht. Von Dr. Siegfrieda. — Notizen: Dem „Vorwärts“ zum Grube. Von F. M. Landtagation und Volkskalendar. Von Paul Gollmich. Zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse. — Zeitchristentum.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mt. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingesch. Nilsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Magdeburg. Am 30. März verstarb unser langjähriges Mitglied Paul Krüger im Alter von 49 Jahren. Ehre seinem Andenken. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Breslau. Sonnabend, den 17. April 1909, in Andres Restaurant, Carlstraße. Hauptversammlung Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Magdeburg. Am 30. März starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege Paul Krüger im Alter von 49 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand.

Unserer werten Kollegin Louise Heine zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Zahlstelle Halberstadt.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin.

Dienstag, den 20. April 1909, abends 8 1/2 Uhr: Ordentl. General-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engel Ufer 15, Saal 1. Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung für 1908. 2. Vortrag über: „Die neuen sozialen Gesetze: vorlagen“. (Reichsversicherungsordnung). 3. Verschiedenes. Die Delegierten werden ersucht vollzählig zu erscheinen. Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand. Bernh. Jost, Vorsitzender. Carl Holtermann, Schriftführer.

Zahlstelle Flensburg. Sonntag, den 11. April 1909 (1. Osterfeiertag) findet im „Goldenen Anker“, Schiffbrücke 22, unser 20. Stiftungs-Fest mit einem nachfolgenden Fränkchen statt, wozu die auswärtigen Kollegen freundlichst eingeladen sind. Die Ortsverwaltung.

Für die mir anlässlich meines fünfzigjährigen Berufsjubiläums zuteil gewordenen Aufmerksamkeit sage ich allen Freunden und Kollegen, sowie der Zahlstelle Hamburg-Altona meinen besten Dank. Hamburg, den 5. April 1909. Hans Schmidt.

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Unserer lieben Kollegin Luise Freitag und ihrem Bräutigam Eward Mayer zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche! Die Zahlstelle Straßburg.

Der neue Lohn-Tarif für Buchbinder-::: Arbeiten ::: Preis für Mitglieder 0,85 M. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3 M. Separatauszug für Mädchenarbeiten Preis für Mitglieder 0,25 M. für Nichtmitglieder 0,50 M. Diese Tarife sind zu beziehen durch die Exp. der Buchbinder-Zeitung gegen Voreinsendung des Betrages.



O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstrasse 47 Das Geschäftshaus der Firma O. Th. Winckler, Leipzig